Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 75 (1995)

Heft: 9

Artikel: Demokratie : Ursache oder Folge von Wachstum? : Analyse, Prognosen und politische Implikationen

Autor: Barro, Robert J. / Slembeck, Tilman

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165463

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Robert J. Barro
ist Professor für Makroökonomie an der Harvard University. Er ist Verfasser zahlreicher wegweisender wissenschaftlicher Beiträge und Lehrbücher und Mitherausgeber verschiedener Fachzeitschriften. Sein jüngstes Werk befasst sich mit globalen Wachstumsfragen (Economic Growth, Mc Graw Hill, New York, 1995).

Tilman Slembeck,
geboren 1963 in Chur, studierte und promovierte an der Universität St. Gallen (HSG), wo er Dozent für Volkswirtschaftslehre ist und sich gegenwärtig zum Thema «Lernen als Grundprozess ökonomischen Verhaltens» habilitiert. Neben seiner Lehrtätigkeit (v.a. in Osteuropa) publizierte er Artikel und Bücher in den Bereichen Wirtschaftspädagogik und «Wirtschaftspolitik (zuletzt das Lehrbuch Wirtschaftspolitik – Ein kognitiv-evolutionärer Ansatz», mit A. Meier, Oldenbourg Verlag, München 1994).

Demokratie: Ursache oder Folge von Wachstum?

Analyse, Prognosen und politische Implikationen

Eine den Zeitraum von 1960 bis 1990 betreffende Studie ergibt: Wachstum wird positiv beeinflusst durch Rechtsstaatlichkeit, freie Märkte, geringe Staatsausgaben und grosses Humankapital, während der Gesamteffekt von Demokratie bezüglich Wachstum leicht negativ ist. Der Befund bedarf allerdings einer differenzierenden Analyse.

Oft wird davon ausgegangen, dass wirtschaftliche Freiheiten in Form freier Märkte sowie Regierungen, die sich auf die Sicherung von Eigentumsrechten konzentrieren, wachstumsfördernd sind. Die Analyse von Daten vieler Länder seit 1960 stützt diese Sichtweise. Die Resultate bestätigen die Wichtigkeit wirtschaftlicher Freiheit und erlauben einige Quantifizierungen der Beziehungen zwischen Wachstumsraten, Marktstörungen, Rechtsstaatlichkeit und weiteren Variablen. Die Beziehung zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit ist hingegen stärker umstritten. Einige Beobachter glauben, dass sich die beiden Freiheiten gegenseitig unterstützen. Dies würde bedeuten, dass mehr politische Rechte (mehr Demokratie) zu mehr wirtschaftlicher Freiheit führen und dadurch wachstumsfördernd wirken. Andererseits werden aber auch die wachstumshemmenden Aspekte der Demokratie betont. Diese liegen in der Tendenz zu Umverteilungseingriffen in Systemen mit Mehrheitsstimmrecht und in der wachsenden Rolle von Interessengruppen in repräsentativen Demokratien.

Autoritäre Systeme könnten diese Probleme der Demokratie wenigstens teilweise umgehen. Insbesondere hindert im Prinzip ein nicht-demokratisches Regime nichts daran, Wirtschaftsfreiheit und Privateigentum zu sichern. Ein Diktator muss nicht zwangsweise eine Planwirtschaft einführen. Beispiele für Autokratien, welche die Wirtschaftsfreiheit erweitert haben, sind u. a. die *Pinochet*-Regierung in Chile, die *Fujimori*-Regierung in Peru und einige frühere und heutige Regierungen Ostasiens. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die meisten OECD-Länder ihre moderne Wirtschaftsentwicklung in Systemen begrenzter politischer Rechte begannen und erst später zu echten (repräsentativen) Demokratien wurden.

Die Wirkungen von Autokratien auf das Wachstum sind aber negativ, wenn ein Diktator seine Macht benutzt, um sich den Reichtum eines Landes anzueignen oder unproduktive Investitionen zu tätigen. Viele Regierungen in Afrika, einige in Lateinamerika, einige in den früheren Planwirtschaften Osteuropas sowie die *Marcos*-Regierung auf den Philippinen folgen bzw. folgten diesem Muster. Die Geschichte zeigt also, dass es zwei idealtypische Arten von Diktatoren gibt: eine, bei der die persönlichen Absichten des Diktators im Konflikt mit Wachstumszielen stehen, und eine, in der der Diktator sich wachstumsfördernd oder zumindest nicht wachstumshemmend verhält. Eine Theorie darüber, welche Art von Diktator unter welchen Bedingungen auftritt, fehlt bisher allerdings.

Demokratische Institutionen stellen ein Gegengewicht zur Macht der Regierung dar und beschränken dadurch die Möglichkeiten der persönlichen Aneignung von Reichtum oder der Durchführung unpopulärer Politiken. Da zumindest einige Politiken, die wachstumsfördernd sind, auch politisch attraktiv sind, kann ein Mehr an politischen Rechten auch wachstumsfördernd wirken. Allerdings ist der Nettoeffekt von Demokratie auf Wachstum theoretisch unklar.

Eine andere Frage betrifft die Wirkung wirtschaftlicher Entwicklung auf die Neigung eines Landes, demokratisch(er) zu

werden. Eine übliche Sichtweise ist, dass Prosperität tendenziell zu mehr Demokratie führt (*Lipset*-Hypothese). Die vorliegende empirische Untersuchung unterstützt diese Hypothese: Eine Zunahme verschiedener Wohlstandsmasse führt tendenziell zu einer graduellen Zunahme an Demokratie. Umgekehrt tendieren Demokratien, die ohne vorherige Wirtschaftsentwicklung eingeführt wurden, dazu, nicht dauerhaft zu sein.

Analytischer Rahmen

Das der Untersuchung zugrundeliegende Modell ist ein neoklassisches Wachstumsmodell. Das langfristige, gleichgewichtige Pro-Kopf-Wachstum hängt in diesem Modell sowohl von Entscheidungen des privaten und öffentlichen Sektors als auch von einigen Rahmenvariablen (Produktivität, technischer Fortschritt) ab, die nicht durch das Modell bestimmt werden. Die Akteure des privaten Sektors entscheiden u. a. über Geburtenraten und Sparquoten in Abhängigkeit von Präferenzen und Kosten. Regierungen entscheiden über verschiedene Ausgabenkategorien, Steuersätze, Markteingriffe, Rechtsstaatlichkeit und Eigentumsrechte sowie den Grad politischer Freiheit.

Wachstum entsteht dadurch, dass der Pro-Kopf-Output erhöht wird. Aufgrund abnehmender Kapitalrenditen tendieren ärmere Länder dazu, pro Kopf schneller zu wachsen als reiche Länder, und holen deshalb gegenüber diesen auf (Konvergenz). Dies gilt allerdings nur bedingt: Ein tieferes Ausgangsniveau des Pro-Kopf-Outputs führt zwar zu einer höheren Wachstumsrate, aber ein armes Land, das (z. B. weil seine politischen Institutionen investitionsfeindlich sind) über einen tiefen Pro-Kopf-Output verfügt, muss nicht zwangsweise schneller wachsen. Zur Konvergenz beitragen kann die Möglichkeit zur Übernahme entwickelter Technologien durch rückständige Länder. Zudem wird die Konvergenz vor allem durch das Verhältnis zwischen Human- und Sachkapital beeinflusst: Ein Land, das beispielsweise mit viel Humankapital im Verhältnis zu Sachkapital beginnt (weil z. B. in einem Krieg hauptsächlich dieses zerstört wurde), wächst tendenziell schneller, weil Sachkapital schneller aufgebaut werden kann als Humankapital und letzteres die Übernahme von Technologien erleichtert.

Die Wirkung von Staatsausgaben (ohne Ausgaben für Bildung und Verteidigung) auf das Wirtschaftswachstum ist signifikant negativ.

Verschiedene Wachstumsfaktoren

Anhand des dargestellten analytischen Rahmens wurden Regressionsrechnungen für ungefähr 100 Länder aufgrund der verfügbaren Daten für die Zeit von 1960 bis 1990 durchgeführt. Dabei wurde untersucht, welchen Einfluss verschiedene Grössen auf das Wachstum haben.

a) Niveau des Bruttoinlandprodukts (BIP)

Die Konvergenz des Wirtschaftswachstums hängt vom Niveau des realen Pro-Kopf-BIP (nachfolgend kurz als BIP bezeichnet) in der Ausgangslage ab. Werden alle übrigen Variablen konstant gehalten, wird die bedingte Konvergenz auf 2,9 Prozent pro Jahr geschätzt. Das würde bedeuten, dass unter sonst gleichen Bedingungen der Unterschied zwischen armen und reichen Ländern pro Jahr um 2,9 Prozent abnehmen würde. Neben dem BIP in der Ausgangslage gibt es aber eine Reihe weiterer wichtiger Einflussgrössen für das Wachstum, welche diese Konvergenztendenzen zum Teil abschwächen oder gar aufheben.

b) Niveau des Humankapitals

Ein grosses Humankapital in der Ausgangslage weist deutlich positive Wachstumswirkungen auf. Insbesondere der Schulbesuch von Männern und vor allem gute Gesundheit (gemessen als Lebenserwartung bei Geburt) scheinen besonders wichtig.

c) Bildungsausgaben

Berücksichtigt man das Verhältnis zwischen staatlichen Ausgaben für Bildung und BIP, zeigt sich, dass diese Variable eine positive, signifikante Wirkung auf das Wachstum hat.

d) Geburtenrate

Bevölkerungswachstum bedeutet eine Verminderung des Pro-Kopf-Outputs und führt dazu, dass mehr Ressourcen für Kinder verwendet werden. Die Schätzungen zeigen dementsprechend einen signifikant negativen Effekt von Geburten- auf Wachstumsraten. Frühere Untersuchungen belegten bereits, dass ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Geburtenraten besteht: Diese sinken typischerweise mit zunehmender Prosperität (v. a. auch mit steigendem Bildungs-

niveau von Frauen). Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass das Bevölkerungswachstum zwar nicht der wichtigste (negative) Faktor für Wirtschaftswachstum ist, aber dass eine Senkung der Geburtenrate die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Outputs erhöhen würde.

e) Staatsausgaben

Die Wirkung von Staatsausgaben (ohne Ausgaben für Bildung und Verteidigung) auf das Wirtschaftswachstum ist signifikant negativ. Dieses Mass für Staatsausgaben wurde verwendet, um annäherungsweise nur jene Ausgaben zu erfassen, die keine produktivitätssteigernde Wirkung haben, bzw. nicht zur Sicherheit eines Landes beitragen. Es lässt sich folgern, dass ein grösseres Volumen unproduktiver Staatsausgaben (und die entsprechenden Steuern) die Wachstumsraten für einen gegebenen Ausgangswert des BIP verringern. Ein grosser Staatsanteil ist in diesem Sinne für das Wachstum negativ.

Die vorliegenden Schätzungen zeigen eine mässig negative Wirkung von Demokratie auf das Wirtschaftswachstum.

f) Marktstörungen: Schwarzmarktprämien und Rechtsstaatlichkeits-Index

Die Differenz zwischen dem offiziellen Wechselkurs und jenem auf dem Schwarzmarkt (Schwarzmarktprämie) ist ein weithin verfügbares und offensichtlich genaues Mass für eine Marktstörung. Sie kann als Annäherung für Markteingriffe durch die Regierung im allgemeinen herangezogen werden. Der Einfluss der auf diese Weise ermittelten Marktstörungen auf das Wachstum ist signifikant negativ.

Aufgrund des *International Country Risk Guide* besteht eine Reihe subjektiver Länder-Indizes. Der Rechtsstaatlichkeits-Index *(rule-of-law index)* dominiert in der vorliegenden Untersuchung die übrigen Indizes und zeigt signifikant negative Effekte mangelnder Rechtsstaatlichkeit auf das Wirtschaftswachstum.

g) Investitionsraten

Üblicherweise wird angenommen, dass sich eine hohe Investitionsrate positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt, was auch in einigen empirischen Untersuchungen bestätigt wird. In der vorliegenden Untersuchung ist der Effekt der Investitionsrate auf das Wachstum positiv, aber nicht statistisch signifikant. Statt dessen zeigt sich, dass der grösste Teil dieses positiven Effekts auf eine umgekehrte Kausalität zurückzuführen ist. Die Korrelation beruht eher auf der positiven Wirkung von Wachstumsaussichten auf die Investitionstätigkeit als umgekehrt. Die direkte Wirkung einer aus anderen Gründen höheren Investitionsrate (z. B. weil aufgrund steigender Unsicherheit mehr gespart wird) auf das Wachstum ist also geringer, als üblicherweise angenommen wird.

h) Demokratie

Zur Messung des Demokratiegrades eines Landes wurde ein von *Gastil* et al. entwickelter Index für politische Rechte verwendet. Dieser erfasst die Möglichkeiten der politischen Partizipation in einem Land, welche sich u. a. in aktivem und passivem Wahlrecht sowie der Mitwirkungsmöglichkeiten gewählter Repräsentanten in der Politikgestaltung niederschlagen. Zudem wird ein Land mit wenigen dominierenden Parteien, in dem Minderheiten nicht oder kaum Einfluss auf die Politik nehmen können, als weniger demokratisch klassifiziert. Im Unterschied zum erwähnten Rechtsstaatlichkeits-Index beruht dieser subjektive Demokratie-Index nicht auf den Berichten lokaler Beobachter, sondern auf Auswertungen publizierter und nicht-publizierter Informationen über jedes Land. Der Index wurde normiert und reicht von 0 (für Länder ohne politische Rechte) bis 1 (für Länder mit vollen politischen Rechten, wie die Schweiz).

Verfolgt man die durchschnittliche Entwicklung des Demokratie-Indexes von 1960 bis 1993 für 98 Länder (1960), 109 Länder (1965) und 134 Länder (1972–93), zeigt sich eine deutliche Abnahme des ungewichteten Durchschnitts von einem Höchstwert von 0.66 (1960) bis zu einem Tiefpunkt von 0.44 (1975) sowie ein anschliessender kontinuierlicher Anstieg auf 0.57 (1992/93). Dieser globale Rückgang nach 1960 wird dominiert von der Entwicklung afrikanischer Länder südlich der Sahara. Viele dieser Länder begannen nach ihrer Unabhängigkeit in den frühen sechziger Jahren mit demokratischen Institutionen, wandelten sich aber bis in die frühen siebziger Jahre zu nicht-demokratischen Staaten. Lässt man diese Länder unberücksichtigt, fällt der durchschnittliche Demokratie-Index für die übrigen Länder von 0.69 (1960) weniger stark (0.54, 1975) und steigt anschliessend fast auf den alten Wert (0.67, 1993).

Die vorliegenden Schätzungen zeigen eine mässig negative Wirkung von Demo-

kratie auf das Wachstum. Einige frühere Untersuchungen anderer Autoren wiesen hingegen positive Wirkungen demokratischer Mitbestimmung für das Wachstum aus. Diese Resultate können innerhalb des hier verwendeten analytischen Rahmens reproduziert werden, wenn einige Einflussgrössen vernachlässigt werden. Lässt man beispielsweise Rechtsstaatlichkeit, Schulbesuch, Lebenserwartung und Geburtenrate unberücksichtigt, ist die Wirkung von Demokratie auf Wachstum signifikant positiv. Eine plausible Erklärung hierfür ist, dass es in dieser Konfiguration nur deshalb so aussieht, als wäre Demokratie für Wachstum förderlich, weil Demokratie positiv mit den anderen genannten Grössen korreliert ist, die ihrerseits wachstumsfördernd wirken. Werden diese Grössen konstant gehalten, ist die *zusätzliche* Wirkung von Demokratie auf Wachstum, wie gesagt, mässig negativ.

Demokratie könnte das Wachstum auch durch einige der übrigen Grössen *indirekt* beeinflussen. So könnte mehr Demokratie beispielsweise zu mehr Schulbesuch von Frauen führen (mehr Gleichberechtigung), was die Geburtenrate senkt und dadurch zu mehr Wachstum führt. Dies wurde untersucht, indem Schulbesuch von Frauen und Geburtenraten in den Schätzungen nicht berücksichtigt wurden, Schulbesuch von Männern, Lebenserwartung und Rechtsstaatlichkeit hingegen schon. Es zeigt sich, dass unter diesen Bedingungen der Einfluss von Demokratie auf Wachstum immer noch negativ ist, was bedeutet, dass die indirekte Wirkung von Demokratie via Schulbesuch von Frauen und Geburtenraten nicht ausreicht, um eine positive Wirkung von Demokratie auf Wachstum zu bewirken. Eine weitere indirekte Wirkung könnte jene von Demokratie auf Rechtsstaatlichkeit sein. Wegen einer ungenügenden Datenlage konnte diese Hypothese allerdings nur sehr beschränkt getestet werden (47 Länder). Für die frühen siebziger Jahre besteht eine begrenzte Evidenz, dass Demokratie nicht zu mehr Rechtsstaatlichkeit führte.

Die bisherige Analyse untersuchte nur den linearen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum. Dieser könnte aber durchaus nicht-linear sein. Beispielsweise kann eine Verbesserung der politischen Rechte in einer starken Diktatur durch eine Begrenzung der Regierungsgewalt wachstumsfördernd wirken. Wo aber bereits ein mittlerer Grad an Demokratisierung erreicht wurde, können zusätzliche politische Rechte (insbesondere von Interessengruppen) wegen zunehmender Umverteilung von Einkommen zu geringerem Wachstum führen. Dies wurde untersucht, indem drei Klassen von Demokratiegraden auf ihre Wachstumswirkung hin geschätzt wurden. Es zeigte sich, dass ein mittlerer Demokratiegrad (Index 0.33–0.67) die beste Wirkung für das Wachstum hat. Ein tiefer Demokratiegrad (0–0.32) sowie ein hoher Demokratiegrad (0.68–1) führen zu deutlich tieferen Wachstumsraten, wobei sich diese beiden Klassen nicht signifikant unterscheiden. Betrachtet man die Werte für alle Länder, zeigt sich ebenfalls, dass Länder mit tiefen Wachstumsraten entweder besonders wenig oder besonders viel politische Rechte haben. Allerdings gibt es auch eine Gruppe von Ländern mit wenig Demokratie und hohem Wachstum und zwei Länder mit mittlerem Demokratiegrad und geringem Wachstum (Argentinien und Peru). Der statistische, nichtlineare Zusammenhang ist also nicht perfekt.

Verbesserungen des Lebensstandards steigern die Wahrscheinlichkeit, dass die politischen Institutionen demokratischer werden.

Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklung auf Demokratie

Im Ländervergleich deuten die Daten darauf hin, dass sich Demokratie in wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern typischerweise kaum hält. So überdauerten beispielsweise die politischen Rechte in den zu Beginn der sechziger Jahre selbständig gewordenen Ländern Afrikas nicht sehr lange. Umgekehrt haben einige ursprünglich wenig demokratische Länder, die einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebten, die Tendenz, demokratischer zu werden (z. B. Chile, Korea, Taiwan). Untersucht man die Wirkung des Lebensstandards (reales Pro-Kopf-BIP, Lebenserwartung bei Geburt, Schulbesuch, wobei die Anzahl Jahre des Grundschulbesuchs von Männern *und* Frauen besonders wichtig sind) auf den Demokratiegrad, zeigt sich, dass sich BIP und Lebenserwartung deutlich positiv auswirken. Der Schulbesuch von Frauen wirkt sich ebenfalls

signifikant positiv aus, wogegen der Schulbesuch von Männern deutlich negativ wirkt. Je geringer die geschlechtsbezogene Differenz beim Schulbesuch ist, um so geringer ist die Rückständigkeit und um so grösser ist die Tendenz zur Demokratie. Die Entwicklung zur Demokratie folgt der wirtschaftlichen Entwicklung allerdings verzögert. Innerhalb von 10 Jahren steigt der Demokratiegrad um etwa die Hälfte des Demokratiegrades, der dem aktuellen Lebensstandard entspricht. Die Entwicklung zur Demokratie ist also verzögert, graduell im Verhältnis zum Lebensstandard.

Dieses Resultat kann dazu verwendet werden, Prognosen über die zukünftige Entwicklung einzelner Länder im Hinblick auf den Demokratiegrad zu machen. Die Tabelle zeigt eine Prognose ungefähr für das Jahr 2000 für jene Länder, in denen eine Veränderung des Demokratie-Indexes von mindestens 0.14 aufgrund der Entwicklungen von BIP, Lebenserwartung und Schulbesuch erwartet wird.

mehr Demokratie prognostiziert			weniger Demokratie prognostiziert		
Land	Index 1993	Index 2000	Land	Index 1993	Index 2000
Indonesien	.00	.43	Mali	.83	.44
Bahrein	.17	.52	Benin	.83	.50
Hong Kong	.33	.67	Sambia	.67	.35
Algerien	.00	.33	Zentralafrika Rep.	.67	.36
Syrien	.00	.32	Niger	.67	.37
Singapur	.33	.61	Gambia	.83	.54
Iran	.17	.41	Bangladesh	.83	.56
Sudan	.00	.24	Bolivien	.83	.58
Haiti	.00	.24	Kongo	.67	.42
Mexiko	.50	.72	Nepal	.83	.60
Tunesien	.17	.38	Ungarn	1.00	.81
Irak	.00	.21	Pakistan	.67	.48
Swasiland	.17	.35	Mauritius	1.00	.81
Fidji	.50	.68	Papua N. G.	.83	.65
Sri Lanka	.50	.67	Botswana	.83	.66
Peru	.33	.51			
Südafrika	.33	.47			
Taiwan	.50	.64			

Die Gruppe jener Länder, für die eine Zunahme an Demokratie prognostiziert wird, beinhaltet einige Länder, die 1993 praktisch keine politischen Freiheiten hatten. Einige von ihnen sind unter den ärmsten Ländern der Welt (wie Sudan und Haiti), und für sie wird auch für das Jahr 2000 kein hoher Demokratiegrad prognostiziert. Für Sudan und Haiti wird eine Steigerung von 0 auf 0.24 erwartet. Einige andere Länder, die 1993 ebenfalls kaum über politische Rechte verfügten, aber wirtschaftlich besser standen, werden deshalb für 2000 besser prognostiziert (0.43 für Indonesien, 0.33 für Algerien, 0.32 für Syrien). Grössere Demokratisierung wird für einige recht prosperierende Länder erwartet, wo die politischen Freiheiten bislang hinter der Entwicklung des Lebensstandards zurückgeblieben sind. Dies gilt insbesondere für Singapur, Fidji, Taiwan und Mexiko (wo ein Wandel wohl bereits mit den Wahlen von 1994 eingesetzt hat). Der für Hong Kong aufgrund des Wirtschaftswachstums prognostizierte Demokratieanstieg dürfte allerdings kaum eintreffen, weil die für 1997 vorgesehene Übergabe an China in den Schätzungen nicht berücksichtigt ist. Für Peru, wo der Demokratie-Index von 0.83 (1989) auf 0.33 (1993) gefallen war und wo die wirtschaftlichen Freiheiten gestärkt wurden, wird eine Steigerung auf 0.51 vorhergesagt. Südafrika befindet sich ebenfalls auf der linken Seite der Tabelle und wird mit einem Anstieg von 0.33 auf 0.47 zukünftig demokratischer eingeschätzt. Allerdings haben die dortigen politischen Veränderungen ihren Höhepunkt bereits überschritten, und die Schätzungen würden eine substantielle Minderung der politischen Freiheiten vorhersagen. Die Beispiele, in denen (auf der rechten Seite der Tabelle) grössere Abnahmen des Demokratie-Indexes prognostiziert werden, bestehen weitgehend aus relativ armen Ländern, wo 1993 ein überraschend hohes Mass an Demokratie herrschte. Viele dieser Fälle sind afrikanische Länder, in denen die politischen Institutionen in jüngerer Zeit demokratischer wurden (Mali, Benin, Sambia, Zentralafrikanische Republik, Niger, Kongo). Die Schätzungen prognostizieren, dass (wie die Erfahrungen im Afrika der sechziger Jahre lehren) hier demokratische Entwicklungen, die den wirtschaftlichen vorauseilen, nicht dauerhaft sein werden. Für arme, aber relativ demokratische Länder ausserhalb Afrikas betrifft eine negative Prognose Bangladesh, Bolivien, Nepal, Pakistan und Papua Neu Guinea. Für Ungarn, das einen deutlich höheren Lebensstandard aufweist, wird

ebenfalls eine negative Entwicklung bis ins Jahr 2000 erwartet.

Schlussfolgerungen für die Wirtschafts-und Entwicklungspolitik

Soweit die gefundenen statistischen und teilweise theoretisch untermauerten Zusammenhänge auf Kausalitäten beruhen, lassen sich zusammenfassend folgende Schlüsse ziehen: Das Zusammenspiel zwischen Demokratie und Wirtschaftsentwicklung beinhaltet einerseits die Wirkung politischer Freiheiten auf Wachstum und andererseits den Einfluss des Lebensstandards auf den Demokratiegrad. Der Ländervergleich zeigt wachstumsfördernde Wirkungen von Rechtsstaatlichkeit, freien Märkten, geringem Staatskonsum und grossem Humankapital. Wird von diesen Grössen sowie vom realen Pro-Kopf-BIP in der Ausgangslage abgesehen, ist der Effekt von Demokratie auf Wachstum leicht negativ. Dies bedeutet allerdings nicht, dass demokratische Staaten nicht mehr wirtschaftlich wachsen könnten, sondern nur, dass die anderen genannten Einflussgrössen ab einem gewissen Demokratiegrad wesentlich bedeutender sind: So gibt es einige Hinweise auf einen nichtlinearen Zusammenhang, der besagt, dass mehr Demokratie im Falle geringer politischer Freiheiten wachstumsfördernd wirkt, wogegen mehr Demokratie wachstumsmindernd wirkt, wenn bereits ein mittlerer Demokratiegrad erreicht wurde. Dies lässt sich als empirischer Hinweis für die Richtigkeit der Hypothese interpretieren, dass Demokratie ab einem gewissen Grad tendenziell zu mehr wachstumshemmender Umverteilung (und evtl. mehr unproduktiven Staatsausgaben aufgrund der Aktivitäten von Interessengruppen) führt. Solange es kein unabhängiges Instrument zur Messung dieser Aktivitäten gibt, lässt sich dies allerdings nicht belegen.

Für die Wirtschaftspolitik armer Länder lässt sich folgern, dass (1) die unproduktiven Staatsausgaben möglichst gering zu halten sind und (2) statt dessen Investitionen in Humankapital (Bildung, Gesundheit) zu tätigen sind. Zudem sollten (3) insbesondere Markteingriffe und (4) geringe Rechtsstaatlichkeit vermieden werden. In entwickelten Ländern, wo und sofern die Punkte (2) und (4) gegeben sind, ist vor allem den Punkten (1) und (3) Rechnung zu tragen. Beide scheinen in Beziehung zum Demokratiegrad zu stehen: Ist dieser hoch, so nehmen die unproduktiven Ausgaben und die Markteingriffe (ebenso wie bei einem tiefen Demokratiegrad) tendenziell zu.

Die Propagierung westlicher Wirtschaftssysteme ist langfristig auch ein effektiver Weg zur weltweiten Verbreitung der Demokratie.

Bezogen auf die Wirkung wirtschaftlicher Entwicklung auf den Demokratiegrad zeigt die Analyse, dass Verbesserungen des Lebensstandards (gemessen am realen Pro-Kopf-BIP, an der Lebenserwartung und am Bildungsgrad) die Wahrscheinlichkeit deutlich steigern, dass die politischen Institutionen demokratischer werden. Politische Freiheiten erscheinen in diesem Zusammenhang als eine Art Luxusgut: Reiche Länder konsumieren mehr Demokratie, weil dieses Gut einen Wert an sich zu besitzen scheint und obwohl mehr politische Freiheiten gewisse negative Wachstumswirkungen haben können, welche sich diese Länder leisten können.

Die Analyse enthält auch Hinweise auf die entwicklungspolitische Wünschbarkeit der Übertragung demokratischer Institutionen westlicher Länder auf Entwicklungsländer. *Erstens* scheint Demokratie nicht der Schlüssel zu Wirtschaftswachstum zu sein, obwohl sie gewisse positive Wirkungen in Ländern mit sehr wenigen politischen Rechten haben kann. Dies gilt *zweitens* insbesondere deshalb, weil in diesen Ländern die politischen Rechte zur Erosion tendieren, solange kein entsprechender Lebensstandard besteht. Grundsätzlicher könnte man schliessen, dass die entwickelten westlichen Länder mehr zum Wohlstand der armen Nationen beitragen könnten, wenn sie ihre Wirtschaftssysteme, insbesondere private Eigentumsrechte und freie Märkte, exportieren anstelle ihrer politischen Systeme, die sich typischerweise entwickeln, nachdem ein gewisser Lebensstandard erreicht wurde. Wenn wirtschaftliche Freiheiten in einem armen Land erreicht werden können, wird das Wachstum dadurch angeregt, und das Land wird dadurch tendenziell von selbst demokratischer. Aus diesem Grund ist die Propagierung westlicher Wirtschaftssysteme langfristig auch ein effektiver Weg zur weltweiten Verbreitung der Demokratie. ✦

Dieser Beitrag ist die Zusammenfassung eines Forschungsjektes, das von Robert J. Barro an einer Veranstaltung des Liberalen Instituts in Zürich vorgestellt wurde.